- Gliederung -

Seite

Vorwort	9
Einleitung	11
Teil I Gutachten	
Verfahrensdauer und Verfahrensbeschleunigung	15
Einführung in das Gutachten	16
Kapitel I Die polizeiliche Ermittlung	20
1. Die Stellung der Polizei (Sicherheitsbehörden)	20
2. Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft	21
3. Die Dauer der polizeilichen Ermittlungstätigkeit	24
4. Rechte und Pflichten der Sicherheitsbehörden und Wachkörper	25
a) Die Vernehmung des Verdächtigen	26
aa) Pflichten des Verdächtigen gegenüber den Sicherheitsbehörden als Verwaltungsbehörden	26
bb) Pflichten des Verdächtigen gegenüber dem Wachkörper	27
cc) Pflichten der Sicherheitsbehörde und Wachkörper	27
dd) Unzulässige Vernehmungsmethoden	28
ee) Die Verhängung des Verwaltungsarrests	28
b) Die Vernehmung der Zeugen und Auskunftspersonen	31
aa) Pflichten der Zeugen und Auskunftspersonen	31
bb) Ausnahmen von der Erscheinens- und Aussagepflicht	31
cc) Pflichten der Sicherheitsbehörden und Wachkörper	32
c) Sanktionen und Zwangsmittel	32
5. Gestaltung und Aufbau der Strafanzeigen	32
6. Zusammensetzung der Anzeigen	34
Kapitel II Die Ermittlungsdauer bei der Staatsanwaltschaft	36
1. Die Stellung der Staatsanwaltschaft	36
2. Entgegennahme und Prüfung polizeilicher Angaben	37
a) Privatanzeigen	37
b) Anzeigen bei der Gendarmerie	38
c) Anzeigen bei der Polizei	39
3. Die Ermittlungsleitung der Staatsanwaltschaft	39
4. Die Erledigung der Strafsachen durch die Staatsanwaltschaft	41
a) Der auf Verurteilung abzielende Verfahrensabschluß	41
aa) Wahlmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft	41
bb) Formen des Verfahrensabschlusses	41
b) Die Einstellung mangels Tatverdacht und bei unbekanntem Täter	43
aa) Form der Einstellung	43
bb) Inhalt der Einstellung	43
c) Die Einstellung im Nebendeliktbereich	45
d) Die mangelnde Strafwürdigkeit der Tat	47
aa) Das Richterprivileg in § 42 ö. StGB	47
bb) Die Anwendung der Regelung der „Mangelnden Strafwürdigkeit der Tat“ (§ 42 ö. StGB) in jedem Verfahrensabschnitt	49
cc) Verhältnis zur Einstellung mangels Tatverdacht	51
dd) Bisherige praktische Erfahrungen mit § 42 ö. StGB	52
e) Verhältnis von Anklagen und Einstellung	54
f) Die Bedeutung des Legalitätsprinzips für die Verfahrensdauer	55

5. Teilnahme der Verfahrensbeteiligten am Ermittlungsverfahren	57
a) Rechte des Anzeigenerstatters	58
b) Rechte des Verletzten	58
c) Rechte des Verdächtigen	60
d) Rechte des Verteidigers	60
e) Die Verfahrensbeteiligung anderer Personen	60
6. Die Befristung der Anklageerhebung	61
7. Die Dauer des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens	63
8. Analyse der Ursachen für die Verfahrensverzögerung	64
a) Interne Verzögerungsursachen (Staatsanwaltschaft, Polizei, Gericht)	64
aa) Verzögerungsmängel bei der Staatsanwaltschaft	64
bb) Verzögerungsmängel bei der Polizei	65
cc) Strafregisterauskunft	65
dd) Vorlagepflichtige Strafsachen	65
ee) Gerichtliche Vorerhebungen und Voruntersuchungen	66
ff) Verzögerungen durch unzuständige Gerichte etc.	66
gg) Ausdehnung, Einbeziehung	66
hh) Rückleitungen durch Gerichte	66
ii) Verzögerungen durch bürotechnisch verursachte Schwierigkeiten	66
jj) Dunkelziffer bei der Verfahrensverzögerung	67
b) Externe Verzögerungsursachen	67
aa) Beteiligtenrechte	67
bb) Sachverständigengutachten	67
cc) Rechtshilfeersuchen	68
c) Empirischer Überblick über Verzögerungen von Strafsachen	68
aa) Durchsicht von Akten	68
bb) Wahrnehmungsberichte	69

Kapitel III Vorerhebungen und Voruntersuchung	71
1. Aufgabe und Stellung der Vorerhebungen und Voruntersuchung	71
2. Vorladung der Beschuldigten und Zeugen durch den Untersuchungsrichter	72
a) Pflichten und Rechte der Beschuldigten	73
b) Pflichten und Rechte der Zeugen	73
c) Zwangsmittel	73
3. Kontrolle der Dauer der Vorerhebungen	74
4. Die zeitliche Begrenzung der Voruntersuchung	74
5. Möglichkeiten und Formen der Straffung der Voruntersuchung	75
a) Die Befristung der Untersuchungshaft	75
b) Die Kontrolle durch die Staatsanwaltschaft	75
c) Die Kontrolle durch die Ratskammer	77
d) Die Kontrolle durch die Dienstaufsicht	77
e) Beschwerdemöglichkeiten wegen der Dauer der Voruntersuchung	78
6. Ursachen für die Dauer der Voruntersuchung	78
a) Interne Verzögerungsursachen (Untersuchungsrichter)	78
aa) Schwierigkeiten bei der Vernehmung von Zeugen oder verdächtigen Personen	78
bb) Verzögerungen durch Aktenlauf	79
cc) Verzögerungen wegen fehlender konkreter Ermittlungsbegehren durch die Staatsanwaltschaft	80
dd) Verzögerungen aufgrund der Personallage der Untersuchungsrichter	80
ee) Verzögerungen aufgrund der Qualität der Vernehmungen bzw. Überlastung der Untersuchungsrichter	80

b) Externe Verzögerungsursachen	81
aa) Sachverständigengutachten	81
bb) Rechtshilfeersuchen	81
cc) Beteiligtenrechte	81
dd) Verzögerungen durch Nichterreichbarkeit des Beschuldigten	81
ee) Abwarten von Entscheidungen anderer Behörden	81
ff) Ersuchen an Verwaltungsbehörden um Auskunft oder Aktenübersendung	81
7. Überlegungen zur Beschleunigung der Voruntersuchung	82
8. Überlegungen zur Beibehaltung oder Abschaffung der Voruntersuchung	83
9. Vorschläge zur Reform der Voruntersuchung	85
10. Die unmittelbare Anklage	86
a) Häufigkeit der unmittelbaren Anklage	87
b) Vorteile der unmittelbaren Anklage	87
c) Nachteile der unmittelbaren Anklage	87
Kapitel IV Die Untersuchungshaft	88
1. Die Regelung der vorläufigen Verwahrung	88
2. Probleme der Verwahrungshaft	88
3. Die Voraussetzungen der Untersuchungshaft	89
4. Die zeitliche Begrenzung der Untersuchungshaft	89
5. Die Haftprüfung	91
6. Reformen zur Beschränkung der Untersuchungshaft	92
Kapitel V Das Zwischenverfahren	93
1. Der Einspruch gegen die Anklage	93
a) Aufgabe des Einspruchs	93
b) Regelung des Einspruchs	94
c) Die bestehende Praxis	95
d) Überlegungen zur Reform des Einspruchs	100
2. Die Ergänzung des Beweistoffs	101
3. Fristen im Zwischenverfahren	102
a) Versetzung in den Anklagestand	102
b) Ladungs- und Vorbereitungsfrist	103
c) Frist zur Anberaumung der Hauptverhandlung	105
Kapitel VI Die Hauptverhandlung	106
1. Die Vernehmung des Angeklagten	107
a) Vernehmung zur Person	107
b) Recht zur zusammenhängenden Darstellung	107
c) Das Recht zur Aussageverweigerung	108
aa) Polizeiliche Vernehmung	108
bb) Untersuchungsrichterliche Vernehmung	109
cc) Vernehmung in der Hauptverhandlung	110
dd) Einführung anderer Beweismittel	111
d) Vernehmung bei Widersprüchen	111
e) Konsultationsrechte	112
aa) Polizeiliche Vernehmung	112
bb) Untersuchungsrichterliche Vernehmung	112
cc) Vernehmung in der Hauptverhandlung	112
f) Verbot unzulässiger Vernehmungsmethoden	112
aa) Verbot unzulässiger Vernehmungsmethoden für die Sicherheitsbehörden	112
bb) Verbot unzulässiger Vernehmungsmethoden für den Untersuchungsrichter	113
cc) Verbot unzulässiger Vernehmungsmethoden in der Hauptverhandlung	114

2. Die Vernehmung der Zeugen	116
a) Einführung anderer Beweismittel bei abweichenden Aussagen	116
b) Einführung anderer Beweismittel bei Aussageverweigerung des nicht zeugnisschlagungsberechtigten Zeugen	116
c) Einführung anderer Beweismittel bei der Aussageverweigerung des zeugnisschlagungsberechtigten Zeugen	117
aa) Regelung und Praxis	117
bb) Kritik an der bestehenden Lösung und Vorschläge de lege ferenda	120
3. Verlesungs- und Verlesungsverzichtsmöglichkeiten von Protokollen	123
a) Die Verlesung gerichtlicher Protokolle	123
b) Die Verlesung polizeilicher Protokolle	124
c) Verlesungsverzicht polizeilicher Protokolle	125
4. Das Hauptverhandlungsprotokoll	126
5. Der Unmittelbarkeitsgrundsatz	127
6. Das Beweisrecht	128
a) Umfang der Beweisaufnahme	128
b) Das Beweisantragsrecht	130
aa) Zeitpunkt des Beweisantrages	130
bb) Form des Beweisantrages	133
c) Die Ablehnung von Beweisanträgen	134
aa) Ablehnung wegen Verschleppungsabsicht	134
bb) Ablehnung wegen „Erschwerung der Wahrheitsfindung“	135
cc) Das Verbot vorgreifender Beweiswürdigung	138
dd) Ablehnung wegen fehlender Erheblichkeit	139
ee) Begründung der Ablehnung	139
7. Die Ablehnung von Gerichtspersonen wegen Befangenheit	141
a) Die Regelung der Ablehnung von Gerichtspersonen im Gesetz	141
b) Die Entscheidung über die Ablehnung eines Befangenheitsantrages in der Hauptverhandlung	141
c) Ablehnungsgründe	142
d) Die Anfechtung der Entscheidung über den Befangenheitsantrag	143
e) Häufigkeit und Erfolg der Ablehnungsanträge	144
f) Reformüberlegungen	144
8. Die Dauer der Hauptverhandlung	145
a) Die Anberaumung der Hauptverhandlung	145
b) Die Kontinuitäts- und Konzentrationsmaxime	147
c) Die Vertagung der Hauptverhandlung	147
d) Empirische Befunde über die Dauer der Hauptverhandlung	148
e) Die Rückleitung des Verfahrens an den Untersuchungsrichter	149
9. Das Urteil	151
a) Die Urteilsverkündung	151
b) Die Ausfertigung des Urteils	152
c) Die Begründung des Urteils	153
d) Der Protokolls- und Urteilsvermerk (abgekürztes Urteil)	154
e) Schnellurteile	156

Kapitel VII

Besonderheiten beim Verfahren vor dem Einzelrichter,
Bezirksgericht und Geschwornengericht

1. Das Verfahren vor dem Einzelrichter	157
a) Ersetzung der Anklageschrift durch einen Strafantrag	157
b) Fehlen der Einspruchsmöglichkeit	158
c) Möglichkeit des Protokolls- und Urteilsvermerks	158

2. Das Verfahren vor dem Bezirksgericht	158
a) Die Anklagevertretung vor dem Bezirksgericht	159
b) Der Strafantrag vor dem Bezirksgericht	159
c) Die Anberaumung der Hauptverhandlung	160
d) Der Protokolls- und Urteilsvermerk beim Bezirksgericht	160
e) Das Mandatsverfahren	160
3. Das Verfahren vor dem Geschwornengericht	161
Kapitel VIII Das Rechtsmittelverfahren	162
1. Zweinstanzlichkeit des Rechtsmittelsystems	162
2. Fristen für die Rechtsmitteleinlegung	163
3. Die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Schöffen- und Geschwornengerichtsurteil	163
a) Verfahrensfehler im Vorverfahren	163
b) Verletzung zwingender Verfahrensvorschriften	164
c) Formelle Begründungsmängel des Urteils	164
d) Generelle Verfahrensrügen	166
e) Die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Geschwornengerichtsurteil	168
Kapitel IX Die Stellung des Verteidigers	169
1. Anwesenheit und Akteneinsicht des Verteidigers in den einzelnen Verfahrensabschnitten	169
a) Polizeiliche Ermittlung	169
b) Staatsanwaltschaftliche Ermittlung	170
c) Vorerhebungen	171
d) Voruntersuchung	171
aa) Präsenz des Verteidigers	171
bb) Akteneinsicht	172
cc) Verkehrsrecht	174
dd) Recht zu Haftbeschwerde bzw. zu Enthaftungsanträgen	174
ee) Recht auf Ergänzung der Voruntersuchung	174
ff) Beschwerderechte des Verteidigers	174
e) Zwischenverfahren	174
f) Hauptverhandlung	175
2. Belegung über die Verteidigerbeziehung und Beigebung eines Verteidigers	175
3. Verteidigerausschuß	176
4. Ersatzpflichtverteidigung	177
Kapitel X Das Sachverständigengutachten	180
1. Die Beziehung des Sachverständigen in den einzelnen Verfahrensabschnitten	180
a) Recht des Untersuchungsrichters auf Beziehung von Sachverständigen	180
b) Recht des Vorsitzenden auf Beziehung eines Sachverständigen in der Hauptverhandlung	181
c) Die Verlesung von Sachverständigengutachten in der Hauptverhandlung	181
2. Die Auswahl des Sachverständigen	181
3. Die Pflicht zur Sachverständigenbeziehung	183
4. Die Pflicht zur Zuziehung zusätzlicher Sachverständiger	185
a) Die Zuziehung in schwierigen Fällen	186
b) Die Zuziehung in unklaren Fällen	187
c) Die Zuziehung weiterer Sachverständiger	187
5. Die Stellung des Fakultätsgutachtens	187
6. Ablehnung und Ausschluß von Sachverständigen	188

7. Das Privatgutachten	190
8. Die Qualität der Sachverständigengutachten	192
9. Die Fristsetzung bei der Erstattung von Sachverständigengutachten und Reformen zur Beschleunigung	193
a) Fristsetzung gemäß § 124 StPO	193
b) Reformen zur Beschleunigung	194
aa) Terminabsprachen	194
bb) Betreibung durch Richter und Staatsanwalt	194
cc) Ladung zur Hauptverhandlung	194
dd) Fristsetzung und Ordnungsbuße	195
ee) Minderung des Honoraranspruchs bei Überschreitung der Frist	195
ff) Andere Mittel zur Beschleunigung	195
Kapitel XI	
Der Rechtsschutz der Beteiligten gegen die Verfahrensverzögerung	196
1. Rechtsschutz gegen Verzögerungen durch die Staatsanwaltschaft	196
2. Rechtsschutz gegen Verzögerungen durch den Untersuchungsrichter	196
3. Rechtsschutz gegen Verzögerungen durch Gerichte	196
4. Vorschläge für eine künftige Ausgestaltung des Beschwerderechts	197
Kapitel XII	
Spezialisierung und Konzentration von Verfahren	199
1. Sicherheitsbehörden	199
2. Staatsanwaltschaft	199
3. Gerichte	199
Kapitel XIII	
Menschenrechtskonvention und Verfahrensdauer	201
1. Angemessene Dauer der Untersuchungshaft	202
2. Angemessene Dauer des Verfahrens	203
3. Gewährung einer Vorbereitungsfrist	205
4. Absetzung des schriftlichen Urteils	205
Kapitel XIV	
Statistische Angaben zur Dauer des Verfahrens	206
1. Die Dauer der polizeilichen Ermittlungstätigkeit	207
Tabelle 1: Die Dauer der polizeilichen Ermittlung	207
2. Die Dauer des Verfahrens bei der Staatsanwaltschaft	208
a) Der jährliche Geschäftsanfall und die Erledigung innerhalb eines Jahres	208
Tabelle 2: Die jährliche Erledigungsquote des Geschäftsanfalls durch Staatsanwaltschaft in Österreich	208/209
Tabelle 3: Die jährliche Erledigungsquote des Geschäftsanfalls in den Oberstaatsanwaltschaftsprengeln	209
b) Das Alter der von der Staatsanwaltschaft nicht erledigten Strafsachen	210
Tabelle 4: Das Alter der bei Jahresbeginn bei der Staatsanwaltschaft anhängigen Fällen unter Einschluß des Neuanfalls	210
Tabelle 5: Das Alter der bei Jahresbeginn bei der Staatsanwaltschaft anhängigen Fälle unter Ausklammerung des Neuanfalls	211
c) Die Entwicklung der Verfahrensdauer in Österreich	211
Tabelle 6: Die Entwicklung der Verfahrensdauer bei der Staatsanwaltschaft zwischen 1974 und 1976	212

3. Ursachen für die regional unterschiedliche Verfahrensdauer im Vorverfahren	214
a) Die Abhängigkeit der Verfahrensdauer von der Pro-Kopf-Belastung der Staatsanwälte	214
Tabelle 7: Die Pro-Kopf-Belastung der Staatsanwälte und die Verfahrensdauer	214
b) Die Abhängigkeit der Verfahrensdauer von der Art der Erledigung der Strafsachen	215
Tabelle 8: Die unterschiedliche Verfahrensdauer je nach Art der Erledigung von Strafsachen durch die Staatsanwaltschaft	215
Tabelle 9: Die Abhängigkeit der Verfahrensdauer von der Erledigungsart bei der Staatsanwaltschaft	217
c) Die Abhängigkeit der Verfahrensdauer von der Häufigkeit von Vorerhebungen und Voruntersuchungen	217
Tabelle 10: Die Verfahrenverzögerung durch Vorerhebungen und Voruntersuchungen	218
Tabelle 11: Die Häufigkeit von Vorerhebungen und Voruntersuchungen in Österreich	219
Tabelle 12: Die Häufigkeit von Vorerhebungen und Voruntersuchungen im Verhältnis zur Dauer des Verfahrens	220
d) Summe der Ursachen für die Verfahrensdauer im Vorverfahren	222
Tabelle 13: Die Ursachen für die Verzögerung des Verfahrens bis zur Anklageerhebung bei der Staatsanwaltschaft	221
Tabelle 14: Der Anteil der Voruntersuchungen bei der Verfahrensdauer bis zur Anklageerhebung	222
4. Vergleich der Verfahrensdauer bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften	224
Tabelle 15: Vergleich der Dauer der Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten	223
Tabelle 16: Vergleich der Dauer der Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten	224
5. Die Dauer der Voruntersuchung	225
Tabelle 17: Voruntersuchung und Untersuchungshaft	226
Tabelle 18: Das Vorverfahren im Oberstaatsanwaltschafts-sprengel Graz	227
Tabelle 19: Das Vorverfahren bei den Staatsanwaltschaften Graz, Leoben und Klagenfurt	228
Tabelle 20: Die Dauer der Voruntersuchung in Relation zu den Erledigungsarten	229
Tabelle 21: Die Dauer der Voruntersuchung in Relation zu Deliktgruppen	230
6. Die Untersuchungshaft	230
Tabelle 22: Die Haftdauer bei nicht angeklagten Personen	231
Tabelle 23: Die Haftdauer bei schuldig gesprochenen Personen	232
Tabelle 24: Die Haftdauer bei freigesprochenen oder außer Verfolgung gesetzten Personen	233
Tabelle 25: Die Häufigkeit der Verhängung der Untersuchungshaft	234
7. Die Verfahrensdauer bis zum ersten Hauptverhandlungstermin	233
Tabelle 26: Die Verfahrensdauer bis zur Anklageerhebung und zum ersten Hauptverhandlungstermin	235
8. Die Vertagung der Hauptverhandlung	235
Tabelle 27: Die Vertagung der Hauptverhandlung	236
Tabelle 28: Voruntersuchung und Vertagung	237

	Tabelle 29: Ursachen für Terminabsetzungen und -verlegungen	238
9.	Die Dauer des Verfahrens in Gerichtshofsachen	239
a)	Der jährliche Geschäftsanfall bei den Gerichtshöfen und die Erledigung innerhalb eines Jahres	239
	Tabelle 30: Die jährliche Erledigungsquote des Geschäftsanfalls bei den Gerichtshöfen erster Instanz in Österreich	239
	Tabelle 31: Die jährliche Erledigungsquote des Geschäftsanfalls bei den Gerichtshöfen erster Instanz in den Oberlandesgerichtssprengeln	240
b)	Das Alter der von den Gerichtshöfen nicht erledigten Strafsachen	241
	Tabelle 32: Das Alter der Jahresbeginn bei den Gerichtshöfen anhängigen Fälle unter Einschluß des Neuanfalls	241
	Tabelle 33: Das Alter der bei Jahresbeginn bei den Gerichtshöfen anhängigen Fälle unter Ausklammerung des Neuanfalls	242
c)	Die Entwicklung der Verfahrensdauer in Österreich	242
	Tabelle 34a, b: Die Entwicklung der Verfahrensdauer bei den Gerichtshöfen	243/244
10.	Ursachen für die regional unterschiedliche Verfahrensdauer in Österreich bei den Gerichtshöfen	245
a)	Die Dauer der Hauptverhandlung	245
b)	Die Vertagung der Hauptverhandlung	245
	Tabelle 35: Die Abhängigkeit der Verfahrensdauer von der Häufigkeit der Vertagungen	246
c)	Die Bedeutung der unmittelbaren Anklage für die Dauer des Verfahrens	246
	Tabelle 36: Die Abhängigkeit der Verfahrensdauer von unmittelbaren Anklagen	247
10.	Die Dauer des Rechtsmittelverfahrens	247
	Tabelle 37: Die Dauer des Verfahrens bis zur Erledigung der Rechtsmittel	248
	Kapitel XV Schlußbetrachtung	249
1.	Positive Akzente des österreichischen Rechts und der Rechtspraxis für die Beschleunigung von Verfahren	249
a)	Bürotechnische Rahmenbedingungen	249
b)	Rahmenbedingungen durch technische Modernisierungen	250
c)	Rahmenbedingungen durch Verzicht auf Verrechtlichung technischer Abläufe	250
d)	Rahmenbedingungen durch ein internes Beschleunigungsklima	250
e)	Das arbeitintegrierte Modell Polizei – Staatsanwaltschaft	250
f)	Die Freistellung der Staatsanwaltschaft von Ermittlungstätigkeit	250
g)	Das Modell zeitlicher Kontrolle Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter	251
h)	Die Einstellung mitverfolgter Straftaten	251
i)	Einspruch im Zwischenverfahren	251
j)	Möglichkeit der Fortsetzung der Hauptverhandlung innerhalb der Monatsfrist	251
2.	Rechtliche und empirische Gesetzmäßigkeiten und Strategien zur Beschleunigung von Verfahren	251
a)	Strategien zur Behebung von Masseproblemen	252
b)	Strategien zur Behandlung beweisschwieriger Fälle	254
c)	Formen der Routinisierung von Verfahren	255
d)	Reduktion von generellen Kontrollen auf Stichprobenauslese	256

e) Verfahrensvereinfachung im Konsensmodell	256
f) Verfahrensvereinfachung im Konfliktmodell	257
g) Dominanz staatlicher Strafverfolgungsinteressen und Wahrheitsfindung um jeden Preis	258
h) Transformation des Beschleunigungsgedankens in ein Beschleunigungsprinzip	259
i) Beschleunigung als Topos zur Auslegung unklarer Bestimmungen oder zur Ergänzung von Regelungslücken	260
j) Statistische Würdigung	261
3. Anregungen des österreichischen Rechts zu konkret diskutierten Reformvorschlägen zur Beschleunigung von Verfahren in der Bundesrepublik	262
a) Entlastung der Staatsanwaltschaft von Fällen mit unbekanntem Täter und offenkundig fehlendem Tatverdacht	262
b) Verzicht auf vorzeitige Einschaltung der Staatsanwaltschaft bei der Ermittlung	263
c) Einführung eines Teilklage- oder Vorabverfahrens über die Regelungen der §§ 154, 154 a dt. StPO hinaus	263
d) Nichtverfolgung von Bagatellsachen	264
e) Kontrolle der rechtzeitigen Anberaumung der Hauptverhandlung	264
f) Einführung von Schnellrichtern	264
g) Einführung des Schuldinterlokuts	264
h) Einschränkungen des Beweisrechts	264
i) Strafbescheidverfahren	265
j) Möglichkeiten zur Urteilsvereinfachung	265
k) Verkürzung von Urteilsgründen	265
l) Härtere Bestrafung bei längerer Verfahrensdauer oder Einlegung der Berufung	266
m) Neue Regelungen zum Verteidigerrecht	266
n) Neue Regelungen zur Beschleunigung von Sachverständigengutachten	266
o) Möglichkeiten der Spezialisierung	267
Teil II	
Verfahrensbeschleunigung und Strafprozeßreform in Österreich	268
Einleitung	268
I. Die Beschleunigung als rechtspolitisches, kriminologisches und reformpolitisches Problem	269
1. Die Beschleunigung von Verfahren als Ziel des Strafprozesses	269
2. Die Beschleunigung von Verfahren als rechtspolitisches Anliegen	271
3. Die Beschleunigung von Verfahren im Spiegel empirischer Untersuchungen	274
4. Die Beschleunigung von Strafverfahren im Spiegel von Gesetzesreformen und Reformvorschlägen	276
II. Die Durchleuchtung einzelner Verfahrensabschnitte nach beschleunigungsrelevanten Gesichtspunkten	278
1. Die polizeiliche Ermittlung	279
2. Das Vorverfahren unter Leitung der Staatsanwaltschaft	282
3. Die Voruntersuchung	288
4. Das Zwischenverfahren	290
5. Die Anberaumung und Vertagung der Hauptverhandlung	292
6. Die Dauer der Hauptverhandlung	294
7. Die Richterablehnung	295
8. Das Beweisrecht in der Hauptverhandlung	297
9. Die Abkürzung von Urteilsgründen	302

III. Mittel zur Verfahrensbeschleunigung	303
1. Beschleunigung durch Verfahrensbefristung	303
2. Schutz gegen überlange Verfahrensdauer im Einzelfall	305
3. Beschwerdemöglichkeiten des Verletzten bei Verfahrensverzögerungen	307
Teil III Anhang	309
Zur Beschleunigung des Strafverfahrens in rechtsvergleichender Sicht (Österreich)	
In Österreich wird schneller Prozeß gemacht. Eine Justiz sucht den einfachsten Weg (Faksimile aus der Tageszeitung „Die Presse“ vom 19. November 1979)	
Literaturverzeichnis	314
Abkürzungsverzeichnis	321